

„Landflucht stoppen“

Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter zur Lage der Bauern und zu seiner Standortoffensive.

Wie geht es unseren Bauern?

RUPPRECHTER: Unsere Bauern haben sehr schwierige Jahre hinter sich. Ganz stark hat uns die Russlandkrise 2014 getroffen. Das hat massiv zu den Preiskrisen bei Schweinefleisch und Milch beigetragen. Dazu kamen witterungsbedingte Einbrüche wie Dürre-Katastrophen oder der Frost im April des Vorjahres. Dennoch gab es nach vier Jahren mit negativen Einkommensentwicklungen 2016 wieder eine leicht positive Einkommensentwicklung.

Wie das?

Unsere Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene greifen. Und aus dem Katastrophenfonds konnten wir zum Beispiel fast 100 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

„Die Landflucht ist stark weiblich, weil es wenige Arbeitsplätze gibt, die mit Familie vereinbar sind.“

ANDRÄ RUPPRECHTER

Und dann hört man wieder, die Bauern kriegen Subventionen nachgeschmissen.

Maßnahmen wegen Klimakatastrophen sind wohl berechtigt. Generell aber sage ich dazu ganz klar: Es gibt keine Subventionen und Garantiepreise mehr. Jede Direktzahlung ist an eine Bedingung, das heißt an eine bestimmte Leistung, gebunden.

Jährlich hören etwa zwei Prozent der Bauern auf. Beunruhigt Sie das?

Nein. Das ist ein verträglicher Strukturwandel. Vor dem EU-Beitritt Österreichs lag dieser Wert teilweise sogar bei fünf Prozent pro Jahr.



Rupprechter: „CO₂ braucht einen Preis, sonst erreicht man die Klimaziele nie. Um jedoch Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern, ist eine Besteuerung im EU-Gleichklang nötig.“

Foto: Arnold Burghardt

Täglich verschwinden in Österreich bis zu 20 Hektar an Agrarflächen, weil sie verbaut werden. Was sagen Sie dazu?

Das ist ein Problem. Aber Raumordnung und Flächenwidmung sind Sache der Länder und Gemeinden. Wir müssen jedenfalls das Bewusstsein stärken, dass landwirtschaftlicher Grund und Boden etwas sehr Wertvolles ist – auch im Hinblick auf die Versorgungssicherheit.

Ein anderes Problem ist die Landflucht, oder?

Ja. Die Landflucht ist übrigens stark weiblich. Weil es wenige attraktive Arbeitsplätze für Frauen gibt, die mit Familie vereinbar sind.

Was tun Sie dagegen?

Mit dem aktuellen Regierungsübereinkommen werden wir jetzt die flächendeckende Kindergartenbetreuung umsetzen. Dazu kommt unsere Regionalitätsoffensive unter dem Motto „Heimat. Land. Lebenswert.“

Hier wird mit den Gemeinden bis zum Sommer ein Masterplan ausgearbeitet.

Mit welchen Themen?

Die Themenpalette reicht vom Ausbau der Ganztagschulen über die Ansiedelung von Start-ups bis hin zur flächendeckenden Digitalisierung – Stichwort Breitband.

Anderes Thema: Wie steht es eigentlich um das Ölheizungsverbot für Neubauten?

Das ist ja Ländersache und wird in Niederösterreich schon umgesetzt. Ab 2019 werden dort in Neubauten keine Ölheizungen mehr eingebaut. In Kombination mit einem Ölkesseltausch-Förderprogramm, das wir jetzt starten, ist das sinnvoll.

Sie sind auch Umweltminister. Ist eine EU-weite CO₂-Steuer realistisch?

Ja. Es ist klar, dass CO₂ einen Preis braucht, sonst erreicht man die Klimaziele nie. Fast jedes EU-Land hat ja bereits eine

CO₂-Abgabe. Um jedoch Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern, ist eine Besteuerung im EU-Gleichklang nötig.

Neulich hatten Sie den chinesischen Landwirtschaftsminister zu Gast. Der Grund?

China ist für uns ein Hoffungsmarkt. Mit seinen 1,3 Milliarden Einwohnern wird sich China auch die nächsten 30 Jahre nicht selbst ernähren können und ist auf Importe angewiesen. Wir können und werden jedenfalls hochwertige Lebensmittel nach China exportieren.

Noch eine Frage zur Innenpolitik: Wird das Arbeitsabkommen der Regierung halten?

Ich habe den Eindruck, dass alle gewillt sind, das Abkommen heuer umzusetzen. Es wird für die Regierung also ein intensives Arbeitsjahr.

Das Interview führten Wolfgang Unterhuber und Linda Osusky.